

Quelle:<http://forum.lvz-online.de/leipziger-wirtschaft/3069-finanzdesaster-kwl-wann-folgt-endlich-die-politische-konsequenz.html>

10.03.2010, 08:45

[Tobias Keller](#)

Registriert seit: 29.01.2008
Ort: Leipzig
Beiträge: 598

AW: Finanzdesaster KWL -> wann folgt endlich die politische Konsequenz

Dass bereits 2003 die höchst brisanten Cross-Border-Leasing-Geschäfte als unseriös und äußerst gefährlich für die Stadt einzustufen waren wusste auch unser OBM, sowie der Stadtrat von Leipzig, der ja auch einige Aufsichtsräte der KWL beinhaltet. Folgendes Schreiben versandte ich an die Stadtreaktion. Es wurde nicht veröffentlicht (Hofberichterstattung lässt grüßen):

Leipzig, d. 05.03.2010

Pressemitteilung zur KWL- Finanzaffäre

Schon frühzeitig beschäftigte sich die DSU mit dem Thema KWL und des Ansinnens, Risikobehaftete Finanztransaktionen durchführen zu wollen. Nach Prüfung der, auch für unsere Fachleute, nicht vollständig zu durchschauenden Geschäfte, die den Anschein undurchsichtiger und schwer kontrollierbarer Verträge schon von Anbeginn hatten, beschloss die DSU, alles daran zu setzen, diese zu verhindern. Bereits in der entscheidenden Sondersitzung des Stadtrates am 17.03.2003 hielt unser damaliger Stadtrat Karl-Heinz Obser eine dringliche, eingehende Rede, die jeden ehrlichen, für diese Stadt tätigen Stadtrat hätte umstimmen müssen. Selbst Herr Achminow, der vorher mit seiner Fraktion der CDU für die KWL-Geschäfte stimmen wollte, äußerte sich damals dahingehend, dass er nach dem Redebeitrag Observers keine Empfehlung mehr geben könne, geschlossen hinter dem Antrag zu stehen. Einzig die Partei des Oberbürgermeisters war aus Parteiräson geschlossen, neben einzelnen Stadträten anderer Parteien, diesen Bedenken gegenüber zugeknöpft und stimmte für den (im Nachhinein) verhängnisvollen Antrag.

Dass sich jetzt der Oberbürgermeister hinstellt und von nichts gewusst haben will, das gesamte Ausmaß nicht überschaut haben will und sich obendrein noch getäuscht sieht, ist doch sehr verwunderlich. Besonders auch des sehr knappen Abstimmungsergebnisses von 2003 wegen – Nur 30 Stimmen dafür, 29 Stimmen setzten sich aus Enthaltungen und Gegenstimmen zusammen -.

Die SPD und ihre Fraktion mit dem OBM hat also außer dem Finanzbürgermeister nur 8 Stadträte anderer Parteien davon überzeugen können, dass diese Geschäfte zum Nutzen der Stadt wären.

Jetzt davon zu reden, dass an allen Gremien vorbei gehandelt wurde muss auch aus den Beschlüssen zu den Aufgaben von KWL und LVV, mit dem klaren Handlungsziel der Gewinnmaximierung und Profitsteigerung zum Wohle der Stadt, als lächerlich angesehen werden. Dass mit Erhöhung der Profitrate auch das Risiko steigt, dass Scheininvestitionen, Steuertricks und unüberschaubare Vertragskonstellationen im Zweifelsfalle zu Verlusten führen können, war spätestens nach der Veröffentlichung des DSU-Standpunktes durch Herrn Obser am 17.03.2003 im Stadtrat klar.

Hier muss der Oberbürgermeister das Kreuz haben, die Konsequenzen zu tragen, für die maßgeblichen Fehlleistungen, im Zusammenhang mit der Profitgierigen Finanzschieberei zum Schaden der Stadt.

i. A. des Vorstandes

Tobias Keller

Als Anlage Redebeitrag v. K. H. Obser und LVZ-Bericht vom Folgetag

Für alle Interessierten hier noch mal der Redebeitrag des damaligen Stadtrates Obser:

Redebeitrag von DSU-Stadtrat Karl-Heinz Obser zur Sondersitzung des Leipziger Stadtrates am 17. März 2003 betreffs Vorlage „US-Lease-Transaktion der Kommunalen Wasserwerke Leipzig GmbH“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste,

nach reiflicher Überlegung werde ich als Stadtrat der DSU dieser Art Leasing-Geschäfte **n i c h t** zustimmen – trotz aller derzeitigen und kommenden Finanznöte von Stadt und Eigenbetrieben, oder gerade **d e s h a l b**, weil das schnelle Geld und mögliche zukünftige vertragliche Verstrickungen die Kommune noch in größere Bedrängnis versetzen könnten.

Die Gründe dafür sind prinzipieller Natur und kurz gefasst folgende:

1. Die vorliegende Transaktion beruht auf einem groß angelegten, sozusagen derzeit legalen Steuertrick und nicht auf einer soliden Investition nach unserem wirtschaftlichen Selbstverständnis. In den USA gibt es jetzt schon Aktivitäten, solcherart Geschäften mit Scheininvestitionen einen Riegel vorzuschieben, d.h. es könnte auf bestehende Verträge Einfluß genommen werden – zum Nachteil auch der Kommune als Vertragspartner.
2. Angesichts der gewaltigen, für die Kommune unüberschaubaren Vertragskonstellationen, noch dazu mit dem alleinigen Gerichtsstand New York, verfestigt sich der Eindruck eines aufgeblähten, windigen Kunstgriffes in der Abhängigkeit einer ebenso windigen Phalanx US- amerikanischer Anwälte, deren konzertierte Aktionen in Europa und anderswo schon gewaltigen Schaden angerichtet haben.
3. Gerade weil der Vertragsgegenstand – die Frischwasserversorgungseinrichtungen der Kommunalen Wasserwerke Leipzig – für die Kommune von unzweifelhaft strategischer Bedeutung ist, dürfen Verfügungsgewalt und Handlungsfreiheit der Kommune zu keinem Zeitpunkt irgendeiner Gefährdung ausgesetzt werden, auch nicht für 18 Mill. Euro!
4. Die Expansion US-amerikanischer Gesetzlichkeit nach Europa mit ihren unabsehbaren, langfristigen Folgen – verbunden mit der Verdrängung europäischen und deutschen Rechts auf diesem Wege – halte ich persönlich für mehr als bedenklich. Darüber nachzudenken ermahnt uns alle die aktuelle Weltlage eindrucksvoll!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Wer spricht denn jetzt noch von "Nichts gewusst" ?

Pressemitteilung

Am 3. März fand eine gutbesuchte DSU-Versammlung statt, die sich mit der Frage befaßte, welche Folgen der Skandal der Wasserwerke für Taucha haben kann.

Prof. Kern stellte zunächst das unübersichtliche Firmengeflecht dar. Gesellschafter der KWL sind die LVV und der Zweckverband (ZV WALL). Mitglieder des 1991 gegründeten Zweckverbandes sind die Gemeinden des alten Landkreises Leipziger Land und die Stadt Leipzig, die damit zu allen drei Gesellschaften gehört.

Vorsitzender des Zweckverbandes ist Tauchas Bürgermeister Dr. Schirmbeck.

Bemerkenswerterweise ist die Satzung des Zweckverbandes im Netz leicht abrufbar, während für die beiden anderen Gesellschaften nichts zu finden ist. Zufall? Dennoch fand sich ein verräterisches Dokument, die LVV-Richtlinien, vornehm als „Verhaltenskodex“ bezeichnet. In Nr.10 der Richtlinien heißt es: „Geschäftsfelder und Beteiligungen *auch außerhalb des Kerngeschäftes* stellen strategische Erfolgspotentiale dar, wenn sie einen Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsposition im Kerngeschäft liefern oder durch *eine überdurchschnittliche Rendite* einen positiven Beitrag zum Gesamtergebnis leisten.“ Diese Richtlinie deckt nicht nur die getätigten Finanzgeschäfte, sondern fordert geradezu dazu auf, spekulative hochgefährliche Geschäfte zu tätigen, und verlangt ihre Vornahme von den Geschäftsführern.

Dem Bürger stellt sich die Frage, warum der Aufsichtsrat bei risikoreichen Geschäften, von denen er durchaus unterrichtet war (LVZ v. 4. 2. 2010, S. 17) nicht eingriff. Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats ist Dr. Schirmbeck. Da die KWL die finanziellen Folgen der Finanzgeschäfte im Umfang von zumindest 290 Millionen € nicht allein tragen kann, können sie auf die beteiligten Gemeinden umgelegt werden (§ 11 Satzung des Zweckverbandes). Das bedeutet, daß auch die Stadt Taucha ihr Geld dazu verwenden muß, die Folgen des Finanzskandals auszugleichen, statt sie für ihre Bürger zu verwenden. Einen Posten im Aufsichtsrat bekleiden, heißt nicht nur, die Bezüge einzustreichen, sondern auch, Verantwortung auszuüben und gegebenenfalls dafür geradezustehen.

Alles in allem entsteht der Eindruck, als seien die Verhaftung Heiningers und die Klageerhebung gegen die UBS nur Ablenkungsmanöver, um von der Verantwortung der politischen Spitze in Leipzig, Taucha und den anderen beteiligten Gemeinden abzulenken.

Quelle: Leipziger Volkszeitung vom 9. März 2010

Schkeuditz-Taucha

KWL-Finanzskandal

DSU sieht Taucha in der Pflicht

Taucha (-tv). Vor den Folgen des KWL-Finanzskandals auch für Taucha hat jetzt die Deutsche Soziale Union (DSU) gewarnt. Die Partei hatte sich vorige Woche bei einer Veranstaltung mit dem Skandal befasst, bei dem durch risikoreiche Geschäfte der Manager bis zu 290 Millionen Euro Schaden entstehen können (die LVZ berichtete). Die DSU hinterfragt vor allem die Rolle des Aufsichtsrates, in dem Tauchas Bürgermeister Holger Schirmbeck (SPD) den Vorsitzenden vertritt. Die KWL könnten die Folgen des Skandals nicht allein tragen. Daher könnten die Folgen auf die Gemeinden umgelegt werden, meint Bettina Kern von der DSU. „Das bedeutet, dass auch die Stadt Taucha ihr Geld dazu verwenden muss, die Folgen des Finanzskandals auszugleichen, statt es für ihre Bürger zu verwenden“, so Kern. Einen Posten im Aufsichtsrat zu bekleiden, heiÙe nicht nur, Bezüge einzustreichen, sondern auch Verantwortung auszuüben und gegebenenfalls dafür geradezustehen.

Schirmbeck hatte vor dem Stadtrat, in dem die DSU nicht sitzt, erklärt, dass nach jetzigem Stand die Umlandkommunen nicht für den Schaden aufkommen müssen, sondern Leipzig. Das habe eine Prüfung der Verträge ergeben. Auch Leipzig hat bislang nicht von Forderungen an die Kommunen gesprochen.

Richtlinien

Verhaltenskodex

Die LVV Geschäftsführung hat am 23.10.2006 den Verhaltenskodex der LVV-Gruppe beschlossen.

[Verhaltenskodex downloaden](#)

Leitlinien

1. Die Unternehmen der LVV Gruppe erfüllen für die Stadt Leipzig Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge. Als kundenorientierte Dienstleister arbeiten sie, soweit ihre Märkte liberalisiert sind, unter Wettbewerbsbedingungen oder orientieren sich an den leistungsfähigsten Anbietern, wobei der Einfluss der Stadt/LVV über die eigentümergeprägten Oberziele sichergestellt wird.
2. Die nachhaltige Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit Gütern und Dienstleistungen sowie der dazugehörige Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur - vor allem in den Bereichen Energie, Wasser, Abwasser, Abfallentsorgung, Verkehr und Telekommunikation - sind die Kernaufgaben der LVV Gruppe.
3. Unter Berücksichtigung der betriebswirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind der Erhalt von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und die Fürsorgepflicht für die Beschäftigten die Pfeiler einer Unternehmenskultur, die Mitarbeiter fördert und fordert.
4. Die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter ist Grundlage eines Innovationsprozesses, der die Eigenverantwortung fördert und interne Veränderungen erleichtert.
5. Die Verbesserung der Umweltqualität in der Region Leipzig und der sparsame Umgang mit den natürlichen Ressourcen gehören zu einer zukunftsorientierten Unternehmenspolitik der LVV Gruppe.
6. Auf der Grundlage des Durchschnitts der ostdeutschen Städte orientieren sich Preise, Gebühren und Tarife am Wettbewerbsmarkt. Die Preise, Gebühren und Tarife für die gewerbliche Wirtschaft sollen im bundesweiten Vergleich die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Leipzig unterstützen.
7. Im ÖPNV sind kostendeckende Entgelte allein über die Fahrgasteinnahmen nicht zu erzielen und öffentliche Zuschüsse und Ausgleichszahlungen notwendig. Im Rahmen des Verkehrsleistungsfinanzierungsvertrages wird eine marktorientierte Direktvergabe realisiert.
8. Eine nachhaltige Ertragskraft ist Grundvoraussetzung für den Bestand der LVV Unternehmen und ihrer Leistungsfähigkeit. Dies ist mit der Erbringung von Zahlungsverpflichtungen der Stadt aus dem Verkehrsleistungsfinanzierungsvertrag und einer angemessenen Tilgung des Gesellschafterdarlehens in Einklang zu bringen.

9. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Dritten wird angestrebt, wenn diese der Festigung der Wettbewerbsposition in einem liberalisierten, internationalen Markt dient und einen Beitrag zur Zielerreichung leistet.

10. Geschäftsfelder und Beteiligungen auch außerhalb des Kerngeschäftes stellen strategische Erfolgspotentiale dar, wenn sie einen Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsposition im Kerngeschäft liefern oder durch eine überdurchschnittliche Rendite einen positiven Beitrag zum Gesamtergebnis leisten.

11. Die LVV Gruppe gewährleistet die Erfüllung der Zielvereinbarung mit der Stadt. Die LVV GmbH übernimmt Leitungs- und Steuerungsfunktionen im Rahmen ihrer Aufgabe als Gesellschafterin und fördert die Zusammenarbeit zwischen den Beteiligungsunternehmen. Die Geschäftsführer der LVV Gruppe sind gemeinsam für das Ergebnis verantwortlich. Das operative Kerngeschäft und die Eigenverantwortlichkeit der Beteiligungsunternehmen werden nicht eingeschränkt.

12. Koordination und Bündelung von gruppenweiten Servicefunktionen, die nicht zum operativen Kerngeschäft gehören, steigern die Effizienz und erzielen Synergieeffekte. Die unternehmensübergreifenden Aktivitäten unterstützen damit die Beteiligungsunternehmen in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit. Die jeweiligen Verantwortlichen in den Beteiligungsunternehmen sind in jedem Fall zu beteiligen und sollen mit eigenen Vorschlägen die konzeptionelle Arbeit und die Umsetzung unterstützen.

13. Die Unternehmen der LVV Gruppe müssen sich zunehmend den Herausforderungen einer immer komplexer und dynamischer werdenden Umwelt stellen. Die ständige Weiterentwicklung von strategischen Erfolgspotentialen zur Sicherung der langfristigen Lebensfähigkeit der LVV-Unternehmen bildet daher eine Grundvoraussetzung, um im Interesse und orientiert an den Zielen des Eigentümers, der Stadt Leipzig, eine angemessene Wertsteigerung zur Erzielung einer hohen Ertragskraft realisieren zu können.